



CDU

**Ein Herz für
Miethaie**

Bezahlbare Mieten? Nicht mit der CDU!

Immer mehr Menschen können ihre Miete nicht zahlen. Und die CDU klagt gegen den Mietendeckel.

www.miete-bezahlbar.de



CDU

**Ein Herz für
Miethaie**

Bezahlbare Mieten? Nicht mit der CDU!

Immer mehr Menschen können ihre Miete nicht zahlen. Und die CDU klagt gegen den Mietendeckel.

www.miete-bezahlbar.de

Der CDU auf die Pelle rücken:

Keine Profite mit der Miete! Hände weg vom Mietendeckel!

Seit Jahren explodieren die Mieten in den Städten in Deutschland. Überall? Nein, eine Stadt hat ein Stoppschild aufgestellt: In Berlin gilt seit dem vergangenen Sommer ein Mietendeckel. Seitdem sind Mieterhöhungen verboten, es gilt ein verbindlicher Mietspiegel, zu hohe Mieten können abgesenkt werden. Mindestens 1,5 Millionen Mieterinnen und Mieter profitieren davon. Das Geschrei bei den Immobilien-Konzernen ist groß. Berlin lohnt sich für sie nicht mehr. Wir sagen: Sorry – not sorry! Wohnen ist ein Menschenrecht, das Recht der Konzerne auf Profite ist es nicht. Jetzt haben die Konzerne ihre politische Vertretung angerufen: die CDU (FDP und AfD drängeln sich, um auch mitmachen zu dürfen). Die CDU klagt vor dem Bundesverfassungsgericht. Das ist ihr gutes Recht. Dafür klagen wir sie nicht an. Aber dafür, dass sie seit Jahren alle Versuche, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, blockiert. Sie will keinen sozialen Wohnungsbau. Sie will Spekulation mit Wohnraum nicht bekämpfen und die Rechte von Mieterinnen und Mietern nicht stärken. Wir werden die CDU-Verantwortlichen besuchen und ihnen zeigen, was wir davon halten: Hände weg vom Mietendeckel! In der Corona-Krise haben viele Mieterinnen und Mieter Angst die Wohnung zu verlieren. Gleichzeitig schütten Immobilienkonzerne wie Vonovia, Deutsche Wohnen und Co. rund 1,5 Milliarden Euro Dividenden an ihre Aktionäre aus. Wir sagen nein!

Wir fordern ein Sofortprogramm zum Schutz der Mieterinnen und Mieter:

- Keine Mieterhöhungen, keine Kündigungen und Zwangsräumungen, keine Strom- und Wassersperrungen.
- Wir wollen einen verbindlichen Mietendeckel überall in Deutschland.

- Mietstundungen reichen nicht: Die LINKE fordert: Kein Lohn? Keine Miete!
- Keine Dividenden in der Krise! Die Wohnungskonzerne müssen ihre Profite nutzen, um die Mieten zu senken.
- Die Kosten für die der Corona-Krise müssen gerecht verteilt werden: mit einer Abgabe auf Vermögen.

DIE LINKE kämpft dafür, dass Wohnen öffentlich und gemeinnützig organisiert ist. Was für alle da ist, muss allen gehören. Mach mit.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schick mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de V.i.S.d.P. Jörg Schindler

Der CDU auf die Pelle rücken:

Keine Profite mit der Miete! Hände weg vom Mietendeckel!

Seit Jahren explodieren die Mieten in den Städten in Deutschland. Überall? Nein, eine Stadt hat ein Stoppschild aufgestellt: In Berlin gilt seit dem vergangenen Sommer ein Mietendeckel. Seitdem sind Mieterhöhungen verboten, es gilt ein verbindlicher Mietspiegel, zu hohe Mieten können abgesenkt werden. Mindestens 1,5 Millionen Mieterinnen und Mieter profitieren davon. Das Geschrei bei den Immobilien-Konzernen ist groß. Berlin lohnt sich für sie nicht mehr. Wir sagen: Sorry – not sorry! Wohnen ist ein Menschenrecht, das Recht der Konzerne auf Profite ist es nicht. Jetzt haben die Konzerne ihre politische Vertretung angerufen: die CDU (FDP und AfD drängeln sich, um auch mitmachen zu dürfen). Die CDU klagt vor dem Bundesverfassungsgericht. Das ist ihr gutes Recht. Dafür klagen wir sie nicht an. Aber dafür, dass sie seit Jahren alle Versuche, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, blockiert. Sie will keinen sozialen Wohnungsbau. Sie will Spekulation mit Wohnraum nicht bekämpfen und die Rechte von Mieterinnen und Mietern nicht stärken. Wir werden die CDU-Verantwortlichen besuchen und ihnen zeigen, was wir davon halten: Hände weg vom Mietendeckel! In der Corona-Krise haben viele Mieterinnen und Mieter Angst die Wohnung zu verlieren. Gleichzeitig schütten Immobilienkonzerne wie Vonovia, Deutsche Wohnen und Co. rund 1,5 Milliarden Euro Dividenden an ihre Aktionäre aus. Wir sagen nein!

- Mietstundungen reichen nicht: Die LINKE fordert: Kein Lohn? Keine Miete!
- Keine Dividenden in der Krise! Die Wohnungskonzerne müssen ihre Profite nutzen, um die Mieten zu senken.
- Die Kosten für die der Corona-Krise müssen gerecht verteilt werden: mit einer Abgabe auf Vermögen.

DIE LINKE kämpft dafür, dass Wohnen öffentlich und gemeinnützig organisiert ist. Was für alle da ist, muss allen gehören. Mach mit.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schick mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de V.i.S.d.P. Jörg Schindler